



THEMA 2: Interkultureller Dialog

Materialsammlung

Politische, sozioökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen

Der Nationalstaat im Spannungsfeld von Integration, Transformation und Immigrationsdruck

von: *Edmund Ohlendorf*

Tp 202/1 Vorschläge für die Behandlung des Themas im Unterricht

Teamwork der Lehrkräfte

Bei der Vielfältigkeit der Unterrichtsinhalte empfiehlt sich eine Zusammenarbeit zwischen den Lehrern/innen der Fächer:

- Wirtschaft
- Politik / Gesellschaftskunde
- Ethik / Religion

Die Mitarbeit von Sprachlehrern wird dann erforderlich, wenn die Unterrichtsinhalte auch Gegenstand eines bilingualen Unterrichts werden sollen.

Gruppenarbeit der Schüler/innen

Auch bei den Schülern/innen ist es ratsam, arbeitsteilig vorzugehen und die Klasse in Gruppen aufzuteilen, die jeweils einen anderen Aspekt des Themas bearbeiten.

Die folgenden Fragen oder Arbeitsaufträge erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auch kann es sein, dass die Lehrer/innen weitere Materialien hinzufügen müssen, damit die Schüler/innen einige Fragen sicher beantworten können. Außerdem sollten die Schüler und Schülerinnen lernen, bei der Suche nach weiteren sachdienlichen Informationen, das Internet gezielt zu nutzen.

Zum Thema Globalisierung, Neoliberalismus, Wohlfahrtsstaat, Demokratie und EU bietet auch die COMCULT-Materialsammlung zum Thema 3 zusätzliche Informationen.

Gruppe 1 Wirtschaft

- 1.1 Warum bewirkt Wirtschaftswachstum in hoch industrialisierten Staaten nicht automatisch eine merkliche Reduzierung der Arbeitslosenzahlen?
- 1.2 Ist Wirtschaftswachstum auch in Hochlohnländern notwendig? Wenn ja, warum?
- 1.3 Wie ist es zu erklären, dass Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen gute Gewinne machen und trotzdem Tausende von Arbeitskräften entlassen?
- 1.4 Welche realistischen Möglichkeiten gibt es, Arbeitnehmer langfristig an UnternehmergeWINnen zu beteiligen?
- 1.5 Können Aktien ein sicherer Ersatz für staatliche Sozialversicherungen sein? Für wen ja? Für wen nein?
- 1.6 Bedeutet mehr freier Markt und mehr Wettbewerb auf allen Gebieten auch mehr Zufriedenheit für die Beteiligten?
- 1.7 Worin liegen Unterschiede zwischen dem Kapitalismus des 19. Jh. und der derzeitigen Globalisierung?

Gruppe 2 Politik (Nationalstaat)

- 2.1 Ist der Primat der Politik vor der Wirtschaft gerechtfertigt? In welchen Fällen ja? Wann nein?
- 2.2 Worin unterscheiden sich die Erwartungen, die die Bürger in den angelsächsischen Ländern gegenüber ihrer nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik haben, von den Erwartungen der Bürger in den meisten Ländern Europas?
- 2.3 Warum haben mehr oder weniger alle Nationalstaaten Europas Probleme, die Erwartungen ihrer Bürger zu erfüllen?
- 2.4 In welchen Politikbereichen ist der Nationalstaat zurzeit kaum ersetzbar? Aus welchen Gründen?
- 2.5 Gibt es Gebiete, auf denen die Leistungen des Nationalstaates so gering oder ineffizient sind, dass er sie besser an andere Institutionen abgeben sollte? Wenn ja - warum geschieht das nicht?
- 2.6 Wie könnten solche Einrichtungen demokratisch legitimiert werden?
- 2.7 Können 25 oder 27 nationale Regierungen ausreichende Ideen und Regeln für einen europäischen Sozialraum entwickeln oder ist das Europäische Parlament eher in der Lage, eine Europäische Solidarität und Identität zu (er)schaffen?

Gruppe 3 Politik (Europäische Union)

- 3.1 Hat die EU Werte, die von den meisten ihrer Bürger geschätzt werden? Wenn ja, welche?
- 3.2 Welche Konsequenzen hätte eine sofortige Beseitigung aller Begrenzungen für die Beschäftigten und Unternehmen des Dienstleistungssektors innerhalb der EU?
- 3.3 Ist der Europäische Regional- und Kohäsionsfonds ein effizientes Mittel, regionale Ungleichgewichte (Disparitäten) auszugleichen und damit innereuropäische Wanderungsbewegungen zu begrenzen?
- 3.4 Welche Konsequenzen hätte der sofortige Abbau aller Subventionen für die Landwirtschaft in der EU?
- 3.5 Würde mehr Wettbewerb zwischen den Mitgliedsländern und Regionen der EU mehr Zufriedenheit schaffen, als die Subventionierung bestimmter Branchen und Regionen?
- 3.6 Ist globaler freier Wettbewerb besser als Entwicklungshilfe? Welche Konsequenzen hätte das für einige EU-Länder?
- 3.7 Welche politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten sollten vorrangig auf EU-Ebene geregelt werden und dann für alle Mitgliedsländer verbindlich gelten?

Gruppe 4 Politik (Immigration)

- 4.1 Welche sozioökonomischen Bedingungen lösen Wanderungsbewegungen (Migration) aus?
- 4.2 Welche Wirkungen haben Strukturkrisen in unterschiedlichen Immigrantengruppen?
- 4.3 Welche Verhaltensweisen fördern die Integration von Migranten/Immigranten und welche behindern sie?
- 4.4 Welche Vorstellungen prägten bisher die öffentliche Meinung über Immigranten? Zeichnet sich in jüngster Zeit ein Wandel ab? Wenn ja, welcher?
- 4.5 Welche Rolle spielt das Werte- und Normensystem bei der Integration von Immigranten?
- 4.6 Wo liegt die Grenze zwischen Integration und Assimilation?
Was kann oder sollte die Mehrheitsgesellschaft fordern, was kann oder sollte sie akzeptieren (positiv tolerieren)?
- 4.7 Wäre eine gemeinsame EU-Politik hilfreich, Migrations- und Immigrationsprobleme zu lösen?

Gruppe 5 Ethik / Religion

- 5.1 Welche Ziel muss Politik in erster Linie verfolgen?
- 5.2 Wer vermag diese Ziele besser zu erreichen, private Initiativen und Organisationen oder demokratisch legitimierte Einrichtungen?
- 5.3 Was hat einen höheren Wert, der Schutz des individuellen Eigentums oder die Solidarität mit den Bedürftigen? Wo hat beides seine Grenzen?
- 5.4 Lässt sich demokratisch bestimmen, was gerecht ist?

- 5.5 Was darf ein Staat – aus welchem Grunde – bis zu welchem Grade regulieren und damit Freiheit begrenzen?
- 5.6 Wo hat „Shareholder Value“ – die Rendite einer Aktie – als Maßstab unternehmerischer Entscheidungen ihre Grenzen? Ist dies nur eine ökonomische oder auch eine ethische Frage?
- 5.7 Freier Wettbewerb (Markt) innerhalb Europas und international vermag Ungleichheit und Armut effektiver zu bekämpfen als solidarisches Teilen, sei es in der Form von regionaler Strukturförderung oder durch Entwicklungshilfe. Wo liegen für wen Vor- und Nachteile beider Positionen?

Quellen

Tp 202/2 Die soziale Selbstgerechtigkeit

Ohne eine neue Theorie des Wohlfahrtsstaates ist die SPD nicht mehr regierungsfähig

aus: „Die Zeit“ vom 8.05.2003 (Autor: Peter GLOTZ)

... „Erstens sind wir – und die meisten europäischen Nachbarstaaten mit uns – eine alternde Gesellschaft. Erstmals in der Menschheitsgeschichte ist der Anteil älterer Menschen größer als der jüngerer. In 40 Jahren stehen in Deutschland acht ältere Menschen von über 60 Jahren nur noch drei jungen gegenüber, die ihr 20. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Dieser Trend ist weder durch gutes Zureden noch durch Familienpolitik umkehrbar. Wer bestreitet, dass diese Entwicklung einen weitgehenden Umbau des Renten- und Gesundheitssystems verlangt, frönt einem ebenso trotzigem wie lebensgefährlichen Traditionalismus. Zweitens kann man nicht mehr darüber hinwegsehen, dass das Ziel „Vollbeschäftigung“ in der so genannten Wissensgesellschaft – anders gesagt: im digitalen Kapitalismus – zur Funktionärsphrase verkommen ist. Der Soziologe Ralf Dahrendorf hat es am klarsten formuliert: „Die Wissensgesellschaft erweist sich als eine Gesellschaft des bewussten Ausschlusses vieler aus der modernen Arbeitswelt.“ Die Wachstumsphase zwischen 1950 und 1975 war, wie der Sozialwissenschaftler Burkart Lutz schon in den achtziger Jahren nachgewiesen hat, ein „kurzer Traum immerwährender Prosperität“... Wir werden auf Dauer mit einer neuartig zusammengesetzten Unterklasse leben müssen, die wissensintensive Jobs entweder nicht bekommt oder, wegen der stark verdichteten Arbeit, nicht will. Das Patentrezept „Mehr Wachstum = Weniger Arbeitslosigkeit“ geht in einer wissens- und kapitalintensiven Gesellschaft nicht auf.“

Tp 202/3 Die Ohnmacht der Politik

aus: „Badische Zeitung“ vom 3.09.1992 (Autor: Leopold GLASER)

... „Vor allem anderen ist zu nennen die Verlagerung der Macht von der Politik in die Wirtschaft. Nicht nur wurden die Politiker von den Eliten der Ökonomie immer mehr entmachtet und müssen deren Vorgaben folgen; das ökonomische Paradigma vom marktförderlichen Eigeninteresse hat darüber hinaus das Denken und Verhalten der Menschen ganz und gar durchdrungen, sodass es immer mehr Mühe macht, Gerechtigkeit und Frieden im Ausgleich der Unterschiedlichen Interessen zu sichern – was die Aufgabe aller Politik wäre – und überhaupt eine Theorie der Gerechtigkeit diskursiv zu entwickeln. Gerechtigkeit ist das ethische Schlüsselproblem aller Politik; aber wie sich auf nahezu allen Politikfeldern in aller Welt zeigen ließe, stehen wir nahezu ohnmächtig davor, sitzt die Politik in der Falle der Logik der aggressiven Ideologie des europäischen Systems, das sich universalisieren will.

Es müsste von der Wurzel her neu gedacht werden. Aber die Politik geht den anscheinend leichteren Weg des geringsten Widerstandes, verbündet sich, kaum verhüllt, mit den Interessen der Wirtschaftsmacht – und ignoriert die Interessen der Gesamtheit, der Bürgerinnen und Bürger.

Soll die Demokratie vor der Selbstzerstörung gerettet werden, muss die Politik ihren Primat wiedergewinnen. Das kann sie aber nur mit den Bürgern – in einer Offensive der Ehrlichkeit, durch die allein diese sich ernst genommen fühlen können. Politik im demokratischen Staat ist mehr als in anderen Systemen auf die Zustimmung und das Interesse, das heißt heute: auf die verantwortlich mitentscheidende Beteiligung der Bürger angewiesen. Das sollten die Politiker sagen und danach handeln, anstatt – unter Assistenz vieler Medien – in populistischen Schauspielereien das Volk irrezuführen.“

Tp 202/4 aus: **Karl HOMANN: Ethik und Marktwirtschaft – tatsächliche Gegensätze?**
 in: Schönhauser Gespräche, Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – Politik,
 Wirtschaft und Bürger in der Verantwortung
 (Berlin, 29./30. Nov. 2005), S. 24f

...“Der Wettbewerb unter einer geeigneten Rahmenordnung dient dem Wohl aller, indem er für niedrige Preise und gute Qualität, für Innovationen und deren schnelle Diffusion und für die Erosion von Machtpositionen sorgt. Die Marktwirtschaft mit Wettbewerb ist daher das beste bisher bekannte Instrument, die Solidarität aller unter den Bedingungen moderner Gesellschaften zu verwirklichen. Sie hat als System eine ethische Legitimation.

Aus dem Auftreten moralisch unerwünschter Ergebnisse darf man daher nicht den Schluss ziehen, die Marktwirtschaft abzuschaffen oder einzuschränken, sondern umgekehrt, ihr durch Ordnungspolitik zu einem besseren Funktionieren zu verhelfen. Das bedeutet konkret: Der Schutz ganzer Bereiche vor Markt und Wettbewerb ist ebenso abzubauen wie Subventionen und Protektionismus. Verfehlt ist auch, von den Unternehmen und den Shareholdern zu verlangen, nicht die maximale Rendite zu erwarten, sondern mit einer „angemessenen“ zufrieden zu sein: Im Wettbewerb ist das nicht möglich; wir sind damit im falschen Paradigma vom „gerechten Preis“ bzw. „gerechten Gewinn“. In der Marktwirtschaft geht es stattdessen um Marktpreise und marktgerechte Gewinne. Die nachhaltig „marktgerechte“ Rendite dient den Interessen der Konsumenten, der Allgemeinheit, besser als altruistische Zurückhaltung, die innovationsfeindlich und bestandserhaltend wirkt und im internationalen Wettbewerb keinen Bestand haben kann.

Kurz: Wenn die Marktwirtschaft eine ethische Legitimation hat, weil sie unter den Bedingungen moderner Gesellschaften der Solidarität aller dient, muss man diese Marktwirtschaft weiterentwickeln und auf geographische und Lebensbereiche ausdehnen, die bisher noch nicht marktwirtschaftlich organisiert sind: zum Wohl aller und besonders zum Wohl der Ärmsten der Armen. Dass damit nicht einer simplen „Deregulierung“ das Wort geredet wird, folgt aus dem oben bereits erwähnten Gedanken, dass jeder Wettbewerb geeigneter Spielregeln, also einer klug geschnittenen Rahmenordnung bedarf.

...Wird der Wettbewerb als unregelmäßiger „Kampf aller gegen alle“ aufgefasst, dann führt er zu einem Zustand, in dem „the life of man solitary, poore, nasty, brutish, and short“ ist (Thomas Hobbes). Dieser Zustand ist für alle, auch für die Unternehmen, äußerst unbefriedigend. Erst wenn der Wettbewerb Spielregeln unterworfen wird, kann er seine den Wohlstand aller steigernde Kraft entfalten.“

Tp 202/5 aus: **M. Rainer LEPSIUS:**
Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union?
 in: Blätter für deutsche und internationale Politik
 (Heft 8, 1997), S. 951

...“Verteilungs- und insbesondere Umverteilungsentscheidungen gehören zu den sensitivsten Politikfeldern, insbesondere in Zeiten der ökonomischen Stagnation, wenn nicht gar Schrumpfung. Es bedarf dazu komplexer Systeme der Willensbildung, Kompromissfindung ...Diese Systeme funktionieren bisher nur auf der Ebene der Nationalstaaten und unter Inanspruchnahme von spezifischen Ordnungsvorstellungen der Solidarität, der staatsbürgerlichen Gleichheitserwartung und der nationalen Versorgungsgarantie. Auf den soziopolitischen Vermittlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Interessenlagen und Interessenverbänden und den dabei erreichten Legitimitätseinverständnissen für die Ergebnisse dieser Verhandlungsprozesse ruhen sowohl das Prestige als auch die soziopolitische Identität des Nationalstaates. Je mehr die Europäische Union in diese Basisprozesse der gesellschaftlichen Strukturierung und Selbstlegitimierung materiell eingreift oder formell die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten beschränkt, desto mehr wird die Europäische Union selbst in die Verteilungskämpfe einbezogen. Sie wird dadurch nicht nur politisiert, sondern auch potentiell von Entlegitimierung bedroht. Sie bedarf daher auch der Entwicklung von Ordnungsideen für den >Sozialraum Europa<, normativer Vorstellungen von europäischer sozialer Solidarität, also von Wertbeziehungen, über die sich bei erheblicher innerer Ungleichheit eine gemeinsame Identität ausbilden könnte...

Mit dem Übergang von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union wird „Europa“ politisiert. Daraus ergibt sich nicht nur ein erhöhter Legitimationsbedarf, sondern auch die Entfaltung neuer Ordnungsvorstellungen für den europäischen Sozialstaat. Über diese könnten sich sozialpolitische und sozialmoralische Identifikationsmuster ausbilden. Diese sind aber bisher weder ideell bestimmt noch durch Verfahren praktikierbar.“

Tp 202/6 Tony Blair erhält auch Lob

aus: „Badische Zeitung“ vom 21.06.2005 (Autor: Peter-Paul WEILER)

„Berlin. Der britische Premier Tony Blair wird als Spalter Europas kritisiert. Denn er forderte geringere EU-Agrarsubventionen und ließ damit die EU-Finanzverhandlungen scheitern. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute Deutschlands begrüßen jedoch das britische „No“.

>Die Gemeinschaft gibt das meiste Geld in Bereichen aus, von dem man weiß, dass sie nichts bringen<, kritisiert der Konjunkturchef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Alfred Steinherr. Und sein Kollege Hubert Gabrisch, Forschungsdirektor des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) warnt: „ Ohne Änderungen in der Agrarpolitik geht die Sache ihrem Ende entgegen.“ Mit „Sache“ meint er die EU und ihren Subventionshaushalt. Auch sein Kollege Klaus-Jürgen Gern vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) widerspricht der Kritik an Blair: „Was der EU ökonomisch hilft, ist auch einer politischen Einigung nicht abträglich.“ Es sei „nicht zielführend, nur um der Einigung Europas willen eine ökonomisch verfehlte Politik fortzusetzen“. Auch Gern meint, es sei „gut für die EU und deren Wachstum, wenn sich die EU-Staaten im britischen Sinne einigten“. Denn die Agrarmilliarden sorgten nur für eine geringe Wertschöpfung und kaum für neue Jobs. Sie verteuerten die Ausgangsbedingungen produktiverer Branchen.“

Tp 202/7 Krach um 0,03 Prozent

aus: „Die Zeit“ vom 8.12.2005 (Autor: Joachim FRITZ-VANNAHME)

...“Nach Blairs Vorstellungen soll der EU-Etat künftig 1,03 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung entsprechen, was ein Volumen von 847 Milliarden Euro für den gesamten Zeitraum bedeuten würde. Im Juni hatte er barsch einen luxemburgischen Kompromissvorschlag von 1,06 Prozent scheitern lassen, der umgerechnet 871 Milliarden Euro bedeutet hätte. Seither predigte Blair: Keine Abstriche am Rabatt ohne Reform der Agrarausgaben. Davon ist nun allerdings keine Rede mehr.

Tony Blair unterschlägt, dass der Nachlass für die Briten im Jahre 1984 von seiner Vorgängerin Maggie Thatcher mit dem Argument durchgesetzt wurde, das britische Pro-Kopf-Einkommen liege deutlich unter dem Durchschnitt Resteuropas. Den Armen sollte damals also gegeben werden – und sie bekamen auch. Allein im laufenden Jahreshaushalt beläuft sich der Rabatt auf 5,4 Milliarden Euro. Allerdings darf sich Britannien inzwischen zu den Reichen rechnen – und hat damit seine Meinung geändert. Heute, sagt Blair, soll den Armen nicht mehr gegeben, sondern genommen werden.

Die Brüsseler Kommission warnte, nach bestehenden Budgetregeln werde der Britenrabatt bis 2013 um 31 Prozent, der EU-Haushalt aber nur um 11 Prozent steigen. Zudem würden sich in Blairs Modell die reichen Mitglieder ihre geringeren Beitragszahlungen von den armen Neulingen alimentieren lassen.“

**Tp 202/8 aus: Kirsten ENDRIKAT u.a.: Soziale Desintegration
Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen**

in: Deutsche Zustände, Folge 1

Hrsg.: Wilhelm Heitmeyer

(Frankfurt a. M. 2002), S. 38

...“Die individuell-funktionale Systemintegration (Sozial-strukturelle Dimension) zielt auf die Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft. Die Systemintegration wird sichergestellt durch die Zugänge zu gesellschaftlich relevanten Teilsystemen wie dem Bildungssystem und dem Arbeitsmarkt. Diese Zugänge haben eine besondere Bedeutung, weil die dort erworbenen Gratifikationen die Voraussetzung auch für die Teilhabe am Konsumwarenmarkt und den Kulturangeboten sind. Die subjektive Einschätzung der Teilhabechancen in diesen Bereichen ist zugleich abhängig von der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage sowie der subjektiven Wahrnehmung der individuellen wirtschaftlichen Situation im Vergleich zu anderen Personen und/oder gesellschaftlichen Teilgruppen im Hinblick auf Benachteiligungen. Die subjektive Sicherheit hinsichtlich der Zugangschancen hängt damit von den wahrgenommenen Risiken, z.B. von Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigungsverhältnisse, den tatsächlich vollzogenen Auf- und Abstiegen sowie der sozialen Absicherung, z.B. bei Krankheit oder im Alter, ab. Im Rahmen der individuell-funktionalen Systemintegration ist aber nicht nur die materielle Situation von Bedeutung. Auch soziale Aspekte besitzen Relevanz, vor allem die im Beruf, aber auch im privaten Umfeld erfahrene positionale

Anerkennung infolge der bekleideten Positionen, Rollen und Tätigkeitsfelder, sowie die subjektive Zufriedenheit der Personen selbst mit den aktuell verrichteten Tätigkeiten. Desintegrationsprobleme treten dann auf, wenn diese Wahrnehmungsmöglichkeiten strukturell gefährdet sind und subjektiv als Anerkennungsverluste interpretiert werden.“

Tp 202/9 aus: **Wilhelm HEITMEYER:**
Gesellschaftliche Integration, Anomie und ethisch-kulturelle Konflikte
in: Was treibt die Gesellschaft auseinander?
Hrsg.: Wilhelm Heitmeyer
(Frankfurt a. M. 1997), S. 633f

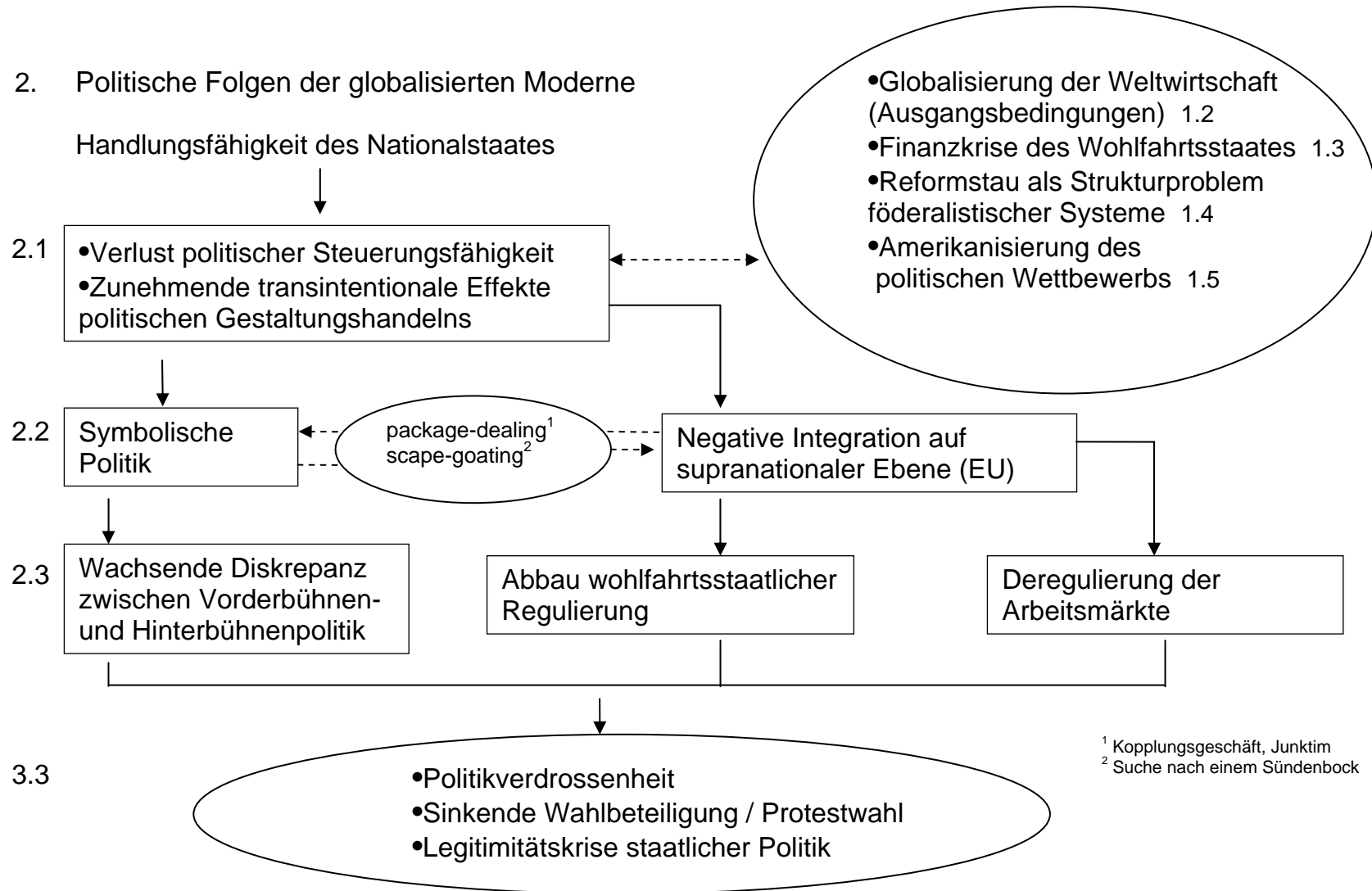
„Die besondere Qualität dieser Strukturkrise lässt sich an der Tatsache verdeutlichen, dass aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit eine Entkoppelung entstanden ist, die mit dem Symbolbegriff des >jobless growth< belegt werden kann. Die bisherige Wirtschaftsphilosophie >Wachstum schafft Arbeitsplätze< wird endgültig und offenkundig zur Wachstumsideologie. Wachstum schleift also nicht mehr die Bastionen von Ungleichheit, sondern verschärft mitsamt einer prosperitätsorientierten Politik eben diese. Die besonders tragische Pointe dabei ist, dass diese Ungleichheit mit ihren vielen Facetten der ökonomischen, sozialen und kulturellen Desintegration vor allem in den florierenden Wirtschaftszonen zunimmt. Dies läuft zum Ausgang des 20. Jahrhunderts mit einer immensen Geschwindigkeit ab, die Etzioni zu einer pessimistischen Prognose im Hinblick auf das politische System veranlasst:

>Eine demokratische Gesellschaft hält das Tempo der Marktöffnung, wie es jetzt angeschlagen wird, nicht durch<“

Gp 202/1 Diagnosen und Analysen der Handlungsfähigkeit des Nationalstaates

2. Politische Folgen der globalisierten Moderne

Handlungsfähigkeit des Nationalstaates



Gp 202/2 Ökonomische, kulturelle, politische und soziale Aspekte gesellschaftlicher Desintegration

Krisenphänomen	Folgen für soziale und politische Prozesse	Individuelle und kollektive Wahrnehmung	Folgen und Reaktionen unter Immigranten
Strukturkrise	<ul style="list-style-type: none"> - Desintegration - Ökonomische Ausgrenzung - Verschärfung sozioökonomischer Ungleichheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Ohnmacht - Abstiegsängste - Gleichgültigkeit - Entfesselung von Gewaltpotential 	<ul style="list-style-type: none"> - Wegen mangelnder Sprachkenntnisse und - fehlender Qualifikationen häufig mehr betroffen als die Mehrheitsgesellschaft - Wachsender Konkurrenzdruck
Regulationskrise	<ul style="list-style-type: none"> - Erosion von Wert- und Sinnbezügen, die bisher von dauerhafter Arbeit vermittelt wurden. - Gleichgültigkeit - Klaffende Lücke zwischen der durch Massenmedien verbreiteten Scheinwelt und dem, was für viele erreichbar ist. - Tabubruch-Mentalität in der Wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Orientierungslosigkeit - Absenkung der Gewaltschwelle - Schwindende familiäre Sozialisation der Kinder - Aggressiver Individualismus - Gefühl ausgeliefert und ausgebeutet zu sein 	<ul style="list-style-type: none"> - Kaum kontrollierbarer Einfluss politischer und religiöser Organisationen in der Parallelgesellschaft - Konservierung patriarchalischer Ordnungsformen, die z.T. nicht einmal mehr in den Herkunftsländern üblich sind. - Verachtung des moralischen Relativismus der Mehrheitsgesellschaft
Loyalitätskrise	<ul style="list-style-type: none"> - Zweifel an der Verlässlichkeit staatlicher Sozialleistungen - Politikverdrossenheit - Abnehmende Legitimität politischer Entscheidungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Vermehrte Versuche, Steuern und Abgaben zu hinterziehen - Zunahme von Nichtwählern - Wechsel zu reinen Protestparteien 	<ul style="list-style-type: none"> - Wachsende Diskrepanz zwischen rechtlicher Gleichheit und beruflicher Ungleichheit - Größere Loyalität gegenüber den Herkunftsländern als gegenüber dem Aufenthaltsland
Kohäsionskrise	<ul style="list-style-type: none"> - Große Distanzen zwischen Arbeitsort und Wohnort belasten familiäre Bindungen (steigende Scheidungsrate) - Abnahme von freundschaftlichen Beziehungen in der Wohnumgebung, in Vereinen und anderen sozialen Netzwerken 	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinzelung - Zwang, permanent flexibel und hoch mobil zu sein - Alltagsstress - Abnahme von Hilfsbereitschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Reaktivierung der Heimatbindung - Selbstethnisierung und kulturelle Abkopplung von der Mehrheitsgesellschaft - Rückzug in die eigene Familie oder Verwandtschaft (Zwangsheirat)

Die Tabelle Gp 202/2 basiert auf dem Schema 1 (HEITMEYER, 1997, S. 633), wurde aber modifiziert und durch Aspekte aus MANSEL, 2006, S. 45, und Erläuterungen von Stefan LANGE auf der COMCULT-Tagung in Hildesheim am 18.09.2004 ergänzt.